

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Ukraine jetzt entschlossen mit schweren Waffen unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat am 28. April 2022 mit breiter Mehrheit den Antrag mit Titel „Frieden und Freiheit für Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ (BT-Drucksache 20/1550) beschlossen. Darin fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. dazu auf, „die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und womöglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung auf schwere Waffen und komplexe Systeme etwa im Rahmen des Ringtausches zu erweitern“. Diese Forderung wurde seitens der Bundesregierung nur unzureichend erfüllt. Die Analyse des Antrages über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bleibt aktuell. Auch gilt in uneingeschränktem Maße die Überzeugung, dass „der entschlossene Kampf der Ukrainerinnen und Ukrainer daher auch ein Kampf für die uns mit der Ukraine verbindenden gemeinsamen europäischen Werte (ist), für das Recht souveräner Staaten und Gesellschaften über den eigenen Weg zu entscheiden.“ Gleichwohl hat sich die militärische Lage seit dem Beschluss vom 28. April 2022 erheblich geändert. In den vergangenen viereinhalb Monaten ist es zu weiteren Verlusten in großem Ausmaß gekommen. Tausende weitere Zivilisten sind dem brutalen Angriffskrieg Russlands zum Opfer gefallen. Die Infrastruktur in der Ukraine – Straßen, Stromnetz, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen – wurde in erheblichem Maße weiter zerstört. Das humanitäre Leid hat deutlich zugenommen.

Zugleich zeigen die ukrainischen Streitkräfte – unterstützt von der internationalen Staatengemeinschaft – bemerkenswerte Kampfqualitäten und einen herausragenden Kampfwillen. So konnten sie seit dem Wochenende vom 10./11. September 2022 in substantiellen Maßen von Russland besetzte Gebiete zurückerobern und zahlreiche Zivilisten befreien. Das Momentum liegt auf Seiten der Ukraine, die sich erfolgreich verteidigen und ihr Staatsgebiet zurückerobern kann. Nur so wird es zu einem langfristigen und dauerhaften Frieden in Europa kommen können. Damit dies gelingt, muss die Ukraine jedoch umgehend substantiell und weiter ausgerüstet werden, auch mit schwerem, westlichem Gerät, wie es namhafte Politikerinnen und Politiker auch aus Reihen der regierenden Ampel-Koalition in den vergangenen Tagen zum Ausdruck gebracht haben. Das fordern unsere Partner in Zentral- und Osteuropa, die am unmittelbarsten durch Russland bedroht sind, bereits seit Monaten. Sie haben Deutschland eindringlich und wiederholt darum gebeten, hier die Initiative zu ergreifen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat die Prioritäten für die Allianzpartner dementsprechend klar definiert: Eine Niederlage der Ukraine sei gefährlicher als unter Plan gefüllte Waffenlager in Nato-Staaten. Auch US-Botschafterin Gutmann hat unterstrichen, dass sie

von Deutschland mehr Unterstützung für die Ukraine erwarte. Durch diese Aussagen ist klar: Der vermeintliche Konsens, dass keine schweren westlichen Waffen an die Ukraine geliefert werden, existiert nicht. Es ist Zeit umzudenken und endlich zu handeln. Als wirtschaftlich stärkste europäische Nation muss Deutschland jetzt Führungsverantwortung übernehmen und schwere Waffensysteme – auch aus Beständen der Bundeswehr – an die Ukraine liefern und die notwendige Ausbildung durchführen. Vor allem jene Kampf- und Schützenpanzer aus Beständen der Industrie, die schnell verfügbar sind, müssen jetzt beschleunigt an die Ukraine geliefert werden. Das wird auch von vielen unserer osteuropäischen Partner, die selbst enorme Ressourcen zur Unterstützung der Ukraine aufgewendet haben, erwartet. Jetzt mehr Verantwortung zu übernehmen bedeutet, Deutschlands Rolle in Europa zu stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Genehmigung für die Ausfuhr von Kampf-, Schützen- und Transportpanzern aus Industriebeständen an die Ukraine umgehend zu erteilen und darüber hinaus schwere Waffen, insbesondere gepanzerte Gefechtsfahrzeuge und mehr weitreichende Artillerie, auch aus den Beständen der Bundeswehr, an die Ukraine zu liefern;
2. die sofortige Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten an diesem schweren Gerät durch die Bundeswehr sicherzustellen;
3. aus den Beständen der Bundeswehr an die Regierung der Ukraine abgegebene Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile unverzüglich wieder nachzubeschaffen.

Berlin, den 20. September 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion